

# WISSENSCHAFTSINFOS SEPTEMBER 2021 VON NINA EISENHARDT

Liebe Leserinnen und Leser,

nach kurzer Sommerpause begann sofort eine spannende Zeit: Bundestagswahlkampf und die Novelle des Hessischen Hochschulgesetzes nahmen Fahrt auf. Für mich beides ähnlich umfangreich. Während auf den Wahlkampf nun die Sondierung folgt, folgt in Hessen nach der Einbringung des Gesetzentwurfs nun das parlamentarische Verfahren. Bei möglicher Koalition und Gesetzesnovelle gilt es für die Hochschulen in unserem Land eines zu erreichen: Eine Öffnung der Hochschulen für mehr Bildungsgerechtigkeit.

Meine „Ceterum censeo“ für die Koalition in Berlin: wir brauchen endlich eine BAföG-Novelle, die wieder mehr Studierende erreicht und den Lebensrealitäten von Studierenden gerecht wird. Außerdem braucht der Hochschulpakt dringend eine jährliche Dynamisierung, Hessen ist hier Vorbild. Und die Exzellenzinitiative muss zukünftig stärker auf Kooperation als auf Konkurrenz setzen, wenn sie unsere Hochschullandschaft langfristig wettbewerbsfähig halten will.

Mit freundlichen Grüßen



Nina Eisenhardt



## AUS DEM LANDTAG – NEUE HÖMS UND 50 JAHRE HAW HESSEN

Die Ausschusssitzung Mitte September befasste sich mit der Auswertung der Anhörung zur neuen **Hochschule für Öffentliches Management und Sicherheit**. Die Aufnahme der bisherigen Verwaltungsfachhochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV) in das HHG führte vor der Sommerpause zu einer Auseinandersetzung zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen. Auch wenn der Innenausschuss federführend bei dem Gesetzentwurf ist, dreht sich der Kern des Streits um die Frage, ob in den Strukturen der neuen HÖMS die Wissenschaftsfreiheit ausreichend gewahrt ist, wenn bei der Aufnahme ins Hessische Hochschulgesetz einige Paragraphen anders gefasst werden, da es in der Hochschule auch eine Polizeibehörde gibt. Als Ergebnis der Anhörung haben die Regierungsfaktionen mit einem Änderungsantrag die Wissenschaftsfreiheit weiter gestärkt, die Benennung des Kanzlers dem Verfahren der Hochschulen gleichgestellt, das Kuratorium, dem Ersatz für einen Hochschulrat, durch zusätzliche durch den Senat benannte Wissenschaftler\*innen ergänzt und die Stellung der Professor\*innen gestärkt. Während die HfPV keinen Forschungsauftrag hatte, eine eingeschränkte Fachaufsicht in der Lehre, keine Fachbereichsautonomie, und eine nicht-rechtsfähige Landesanstalt war, wird die neue HÖMS eine eigenständige Körperschaft des öffentlichen Rechts mit gesetzlich garantierter Wissenschaftsfreiheit in Forschung und Lehre und erstmals voller Fachbereichsautonomie. Wir freuen uns, dass zukünftig eine weitere Hochschule den hessischen Weg der Autonomie mit beschreitet.

In seiner Rede zum **50. Jubiläum der HAWs in Hessen** stellte mein Kollege Daniel May im Plenum am 29.9.21 beim Grünen Setzpunkt die herausragende Leistung der hessischen FHs und später HAWs heraus. Er betonte die Leistungen der HAWs für Bildungsgerechtigkeit und Bildungsexpansion, angewandte Forschung, Kooperationen vor Ort und regionale Wertschöpfung im Transfer. Auch unsere Ziele für die Zukunft unterstrich Daniel May. Die Grünen wollen den erfolgreichen Weg mit eigenständigem Promotionsrecht, dualer Ausbildung und Aufbau eines Mittelbaus weitergehen.

## THEMA: NOVELLE HOCHSCHULGESETZ

Am 29.9.2021 wurde die Novelle des Hessischen Hochschulgesetz zur ersten Lesung in den Hessischen Landtag eingebracht.

### **Wir verbessern die Rahmenbedingungen für Qualität von Lehre und Studium, für die im Hochschulpakt die finanziellen Grundlagen gelegt wurden.**

- Lehrveranstaltungsevaluationen werden in ein Qualitätsmanagement eingebettet und der Dialog der Beteiligten steht im Vordergrund.
- Für ein diskriminierungsfreies Studium werden verbindlich Antidiskriminierungsbeauftragte und Beauftragte für Studierende mit Behinderung und chronischer Erkrankung eingeführt.
- Das Angebot für Weiterbildung für Lehrende in der Didaktik wird als Aufgabe der Hochschule verankert und didaktische Anforderungen werden für alle Lehrenden definiert.
- Für die Sicherstellung guter Studienbedingungen werden die Aufgaben der Studiendekane präzisiert und die Aufgaben der Studienberatung gestärkt.
- In neuen gesetzlich geregelten Studienkommissionen beraten Lehrende und Lernende paritätisch über die Qualität der Lehre.
- Seit 100 Jahren schaffen die Studierendenwerke die Rahmenbedingungen für Bildungsgerechtigkeit, jetzt wird das Studierendenwerksgesetz entfristet!

### **Wir stärken die Strukturen der akademischen und studentischen Selbstverwaltung, damit Hochschulen in Autonomie verantwortlich gestalten können.**

- Um grundlegende Entscheidungen in der Hochschule breit zu diskutieren, ermöglichen wir die Einführung einer Hochschulversammlung.
- Damit die Entwicklung der Hochschule von der Breite der Hochschule getragen wird, stärken wir die Rolle des Senats in der Entwicklungsplanung.
- Autonomie braucht Dialog der unterschiedlichen Organe, deshalb gibt der Hochschulrat sich zukünftig Regeln zum Austausch mit der Hochschule in seiner Geschäftsordnung.
- Mit der Experimentierklausel können Hochschulen in ihrer Organisationsstruktur vom HHG abweichen, wir stärken diese Möglichkeit auch zur Profilbildung.
- Indem das Wahlamt im Organ der Studierendenschaft als Ehrenamt definiert wird, schaffen wir eine Erleichterung für die studentische Selbstverwaltung.

### **Wir verankern die gesellschaftlichen Querschnittsaufgaben im Gesetz für eine zukunftsgewandte Hochschule.**

- Bessere rechtliche Rahmenbedingungen für Kooperationen zwischen den Hochschulen und mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen werden geschaffen, um an den großen Fragen unserer Zeit gemeinsam zu forschen.
- Als Voraussetzung für unsere Wissensgesellschaft wird der Grundsatz von Open Data und Open Science verankert.
- Die Aufgabe der Nachhaltigkeit wird in allen Bereichen der Hochschule und Bildung für Nachhaltige Entwicklung als Studienziel verankert.
- Der Transfer von Wissenschaft in die Gesellschaft, mit dem Ziel der Gesellschaft zu dienen, wird als Aufgabe von Professor\*innen gefasst und um den künstlerischen Transfer erweitert. Außerdem werden die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Unterstützung von Alumni geschaffen.
- Weiterbildungs-Bachelor für lebenslanges Lernen werden zukünftig neu ermöglicht.
- Gleichstellung wird als Querschnittsaufgabe mit paritätischen Gremienlisten, aktiver Rekrutierung in Berufungsverfahren und einem paritätischen Hochschulrat verankert.

Die vollständige Novelle zum Nachlesen: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/06408.pdf>

Die Anhörung im Ausschuss ist für den 28.10. geplant.